

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Der Rat "Allgemeine Angelegenheiten"](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [EU unterstützt Datenhighway zwischen Europa und Lateinamerika](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Österreichs EU-Ratsvorsitz: Erfolge und Herausforderungen](#) 4

Europäisches Parlament

- [Erstes Halbjahr 2019: Europawahl, Brexit, Whistleblower](#) 5

Sonstiges

- [Der Euro wird 20 Jahre alt](#) 6
- [Kulturhauptstädte Europas 2019: Plowdiw und Matera](#) 6
- [Britische Regierung steht vor Entscheidung über ein endgültiges Brexit-Abkommen](#) 7

Laufende Konsultationen

8

Tagesordnungen der Institutionen

9

Impressum

9

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

Der Rat "Allgemeine Angelegenheiten"

Mit dem Jahreswechsel wurde die EU- Ratspräsidentschaft von Österreich an Rumänien abgegeben. Am 8. Januar 2019 tagte der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ zum ersten Mal unter der neuen rumänischen Ratspräsidentschaft.

Der Ratsvorsitz rotiert alle sechs Monate, somit bekommt jeder EU-Mitgliedsstaat die Möglichkeit, den EU-Einigungs- und Entwicklungsprozess voranzutreiben. Um trotz der ständigen Änderung des Vorsitzes die Kontinuität der EU-Politik zu wahren, wird von den drei aufeinanderfolgenden Rats-präsidentschaften ein gemeinsames Programm ausgearbeitet. Das neue Vorsitz-Trio heißt nun: Rumänien, Finnland und Kroatien. Rumänien hat nun zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft inne. Die offizielle Eröffnungszeremonie der rumänischen Ratspräsidentschaft findet am Donnerstag, den 10. Januar 2019, in Bukarest statt.

Am Dienstag, den 8. Januar 2019, stellte der rumänische Vorsitz dann beim Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ seine Prioritäten der nächsten sechs Monate vor. Dazu gehören:

Kohäsionspolitik und EU-Regionalpolitik; Förderung des Wachstums in der EU; Verbesserung der Bedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit; Stärkung der internen Sicherheit; Förderung der gemeinsamen europäischen Werte der Demokratie, der Freiheit und der Achtung der Menschenwürde in der EU und außerhalb ihrer Grenzen; Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Intoleranz und Populismus

Auch der anstehende Brexit und die EU-Haushaltsverhandlungen (mehrjähriger Finanzrahmen, MFR) sind in den kommenden Monaten zu meistern. Die EU-Führungskräfte lobten die österreichische Präsidentschaft für die von ihr intensiv vorbereitete Haushaltspolitik, an der sich Rumänien nun orientieren wird. Zudem bedarf es dringend einer Antwortfindung in Fragen wie Migration und Terrorismus. Dabei ist eine starke Zusammenarbeit aller EU-Mitgliedsstaaten notwendig.

Pünktlich zum Europatag (9. Mai), genau 69 Jahre nachdem Frankreichs Außenminister Robert Schuman in seiner Pariser Rede vorschlug, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen, treffen die EU-Führungs spitzen im rumänischen Sibiu zusammen, um über die europäische Zukunft zu diskutieren.

Die MinisterInnen haben bei der Tagung auch einen Gedankenaustausch über Desinformation geführt, nachdem der EU-Rat zu einer koordinierten Reaktion auf diese Herausforderung aufgerufen hatte. Besonders bei den Europawahlen möchte man auf Desinformationen reagieren und rechtzeitig dagegenwirken. Die Staats- und Regierungschefs verlangten schon beim Treffen am 13. und 14. Dezember 2018 eine umgehende Umsetzung des von der EU-Kommission und dem Hohen Vertreter vorgelegten gemeinsamen Aktionsplans gegen Desinformation. Der Rumänische Minister, George Ciamba, umschreibt die Desinformation als „einer der größten Herausforderungen unserer Demokratien“. Beim abschließenden Mittagessen der MinisterInnen wurde noch darüber diskutiert, wie Europa den BürgerInnen besser vermittelt werden kann.

[Mehr Informationen](#) [Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#) [Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU unterstützt Datenhighway zwischen Europa und Lateinamerika

Am Dienstag, den 8. Januar 2019, gab die EU- Kommission bekannt, dass der Vertrag über den Bau eines Glasfaserkabels unter dem Atlantik, das Lateinamerika und Europa verbinden wird, in Kraft getreten ist.

Das neue transatlantische Kabel soll zwischen Portugal und Brasilien verlaufen und eine hohe Breitbandkonnektivität gewährleisten. Bereits ab 2020 soll es einsatzbereit sein. Ziel ist es, die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa zu fördern. Dies soll durch den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den beiden Kontinenten mit Hilfe des neuen Datenhighways erreicht werden.

Finanzielle Unterstützung erhält das Projekt unter anderem durch die EU-Kommission, die mit einem Beitrag von etwa 26,5 Mio. EUR der größte Investor ist. Die Gelder werden durch das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 und durch das Instrument für regionale Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Österreichs EU-Ratsvorsitz: Erfolge und Herausforderungen

Unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz wurden zahlreiche Veranstaltungen, Tagungen, Ministerräte und Treffen der Staats- und Regierungschefs ausgeführt. Die Ergebnisse dessen können sich sehen lassen.

Bei den gesetzten Schwerpunkten durch Österreich konnten viele Erfolge verzeichnet werden.

Eine wichtige Einigung zwischen den EU-Ministern konnte etwa im Dezember 2018 erzielt werden: beim EU-Ministerrat unter österreichischer Leitung am 20. Dezember wurde sich auf eine Verringerung des CO2-Ausstoßes von rund 30 Prozent bis zum Jahr 2030 für LKWs und Busse geeinigt.

In Sachen Migration ist etwa in den letzten 6 Monaten die Zahl von illegalen Ankünften gesunken.

Unter dem österreichischen Ratsvorsitz konnte außerdem eine Einigung zwischen den

Mitgliedstaaten auf einen verstärkten Fokus bei der Arbeit von Frontex (Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache) auf die Bereiche Außengrenzschutz und Zusammenarbeit mit Drittstaaten erzielt werden. Weitere Fortschritte gelangen dem österreichischen EU-Ratsvorsitz in den Beitritts-verhandlungen mit Westbalkan-Ländern, im Bereich Subsidiarität, in der Bewusstseinsbildung und Auseinandersetzung mit Antisemitismus, bei den Brexit-Verhandlungen oder auch im Klima- und Umweltschutz.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Erstes Halbjahr 2019: Europawahl, Brexit, Whistleblower

Die erste Hälfte des neuen Jahres zeichnet sich bereits jetzt durch ereignisreiche Monate für das EU-Parlament ab. In diesem Zeitraum werden Entscheidungen fallen, die die Zukunft der EU bedeutend beeinflussen werden.

Im Vordergrund der bevorstehenden Ereignisse steht die Europawahl, welche vom 23. bis 26. Mai stattfindet. In Deutschland und Österreich wird am Sonntag, den 26. Mai gewählt. Insgesamt wählen die EU-Bürger 705 Abgeordnete, wovon 19 Österreich vertreten werden. Anschließend wählt das EU-Parlament den neuen Kommissionspräsidenten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der langfristige EU-Haushalt. Nachdem das EP seine Prioritäten für den mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) bereits festgelegt hat, fordert es nun den Rat auf, die Gespräche darüber aufzunehmen.

Überdies arbeitet das EU-Parlament im ersten Halbjahr 2019 an der Verbesserung der europäischen Medienkompetenz sowie an weiteren Vorschlägen zur Stärkung des Schutzes von Whistleblowern in der gesamten EU, um Skandalen wie Dieselgate oder Panama Papers ein Ende zu setzen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Der Euro wird 20 Jahre alt

Am 1. Jänner 1999 haben 11 EU-Mitgliedstaaten mit dem Euro eine einheitliche Währung eingeführt. Damit einher ging die Übertragung der geldpolitischen Zuständigkeiten auf die Europäische Zentralbank und das Eurosystem. Am Dienstag vergangener Woche jährte sich dieses historische Ereignis nun zum zwanzigsten Mal.

Obwohl der Euro im Vergleich zu vielen anderen Währungen relativ jung ist, gilt er dennoch in 19 Mitgliedstaaten für etwa 430 Millionen Europäer als Zahlungsmittel. Weltweit wird er außerdem von weiteren 175 Millionen Menschen genutzt.

Vorteile hat die Währung nicht nur den Unternehmen gebracht, sondern auch den Privathaushalten und Mitgliedstaaten selbst. Dazu zählen etwa stabile Preise, niedrige Transaktionskosten oder auch die Ausweitung des Handels. Für Private erleichtert der Euro das Reisen und Wohnen im Ausland und macht Ersparnisse sicher.

Heute ist der Euro die zweitwichtigste internationale Währung. Rund 60 Länder nutzen ihn oder koppeln ihre eigene Währung an ihn an. Die Beliebtheit der

europäischen Währung ist innerhalb der EU durchweg hoch: bei einer Erhebung im Jahr 2018 im Euroraum vertraten 74 % der Befragten die Auffassung, dass der Euro gut für die EU sei.

Zwar hat sich die europäische Wirtschafts- und Währungsunion heute, zehn Jahre nach der weltweiten Finanzkrise, erheblich gefestigt, dennoch sind sich EU- Staats- und Regierungschefs darüber einig, dass noch mehr Arbeit in diesem Bereich geleistet werden muss. Dies betrifft etwa die Europäische Bankenunion. Damit ist die gemeinsame Verwaltung und Kontrolle von Banken in der EU gemeint. Auch an einer gemeinsamen Fiskalpolitik soll weiter gearbeitet werden.

[Mehr Informationen](#)

Kulturhauptstädte Europas 2019: Plowdiw und Matera

Ab 1. Januar 2019 tragen Plowdiw (Bulgarien) und Matera (Italien) für ein Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“.

Laut Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, zeichnen sich die beiden Städte besonders dafür aus, dass sie nicht nur ein jahrhundertealtes Erbe feiern, sondern sich auch intensiv mit ihrer und der Zukunft Europas beschäftigen. Die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ wurde bereits 1985 von der damaligen griechischen Kulturministerin, Melina Mercouri, eingeleitet. Seither werden die Städte auf der Grundlage eines Kulturprogramms ausgewählt, das eine deutliche europäische Dimension aufweist, die Mitwirkung und aktive Teilnahme der BürgerInnen der Stadt fördert und zur langfristigen Entwicklung der Stadt und ihrer Region beiträgt.

Das Motto „Together“ soll die bulgarische Stadt Plowdiw durch das Jahr 2019 begleiten und dabei der Region neue Möglichkeiten eröffnen und die Stadt auf internationaler Ebene bekannter machen.

Zahlreiche Veranstaltungen sind für das Jahr 2019 in Plowdiw und in der umliegenden Region geplant, die offizielle Eröffnungsfeier findet vom 11. bis zum 13. Januar statt. Das Programm Materas steht unter dem Motto „Open Future“ und setzt einen besonderen Schwerpunkt auf soziale und kulturelle Inklusion und kooperative Innovation. Auch in Matera sind diverse Veranstaltungen für das Jahr 2019 geplant. Die Eröffnungsfeierlichkeiten finden am 19. und 20. Januar statt.

Der Titel „Kulturhauptstadt Europas“ hat eine langfristige kulturelle, soziale und wirtschaftliche Wirkung für die Stadt selbst und für die umliegende Region.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Britische Regierung steht vor Entscheidung über ein endgültiges Brexit-Abkommen

Am Dienstag, den 8. Januar 2019, gab der britische Minister für den Austritt aus der EU, Stephen Barclay, gegenüber der Presse bekannt, dass die Regierung keine Verlängerung des Verhandlungszeitraums für das Brexit-Abkommen nach Artikel 50 EUV beantragen werde.

Nächsten Dienstag, am 15. Januar 2019, steht im Unterhaus des Parlaments des Vereinigten Königreichs eine Abstimmung an. Die Abgeordneten werden an diesem Tag über das von Premierministerin Theresa May mit der EU mühsam ausgehandelte Brexit-Abkommen abstimmen.

Zudem stimmten die Abgeordneten im Unterhaus am 9. Januar für eine Änderung, die die Regierung im Falle einer Niederlage bei der Abstimmung nächsten Dienstag dazu zwingt, ihre nächsten Schritte bezüglich Brexit innerhalb von drei Tagen vorzulegen. Demnach müsste die Premierministerin am Monat, dem 21. Januar, ihre weiteren Maßnahmen im Unterhaus präsentieren.

Die britische Regierung steht unter hohem Zeitdruck, denn nach Artikel 50 EUV finden die Verträge über die EU auf Großbritannien zwei Jahre nach offizieller Mitteilung über ihren Austritt automatisch keine Anwendung mehr. Die Mitteilung über den Austrittswunsch hat der Noch-Mitgliedstaat am 29. März 2017 verkündet,

sodass die Frist mit 29. März 2019 abläuft. Bis dahin müsste sich die Regierung also mit der EU über ein dementsprechendes Austrittsabkommen geeinigt haben.

Artikel 50 EUV formuliert, dass der EU-Rat die Möglichkeit hat, die Verhandlungsfrist zu verlängern. Das Vereinigte Königreich hat darum jedoch nie angesucht und sich nun auch offiziell dagegen ausgesprochen.

Nach eigenen Aussagen der EU käme für die Union die Prüfung eines solchen Verlängerungsantrags von Seiten des Vereinigten Königreichs nur dann in Betracht, wenn ein konkretes Ziel formuliert werden würde, etwa eine Verlängerung bis zu einem zweiten EU-Referendum oder nach einer Parlamentswahl.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[EU implementation of the Aarhus Convention in the area of access to justice in environmental matters](#)

Umwelt
20. Dezember 2018– 14. März 2019

[Evaluation of EU legislation on design protection](#)

Binnenmarkt
18. Dezember 2018– 31. März 2019

[Evaluation of the Executive Agency for Small and Medium-Size Enterprises \(EASME\)](#)

Unternehmen und Industrie
14. Dezember 2018– 8. März 2019

[Evaluation of the feed additives Regulation](#)

Lebensmittelsicherheit
12. Dezember 2018– 3. April 2019

[Evaluation of Administrative Cooperation in Direct Taxation](#)

Steuern
10. Dezember 2018– 4. März 2019

[Interim evaluation of the programme on interoperability solutions for administrations, businesses and citizens \(ISA2\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Institutionelle Angelegenheiten
7. Dezember 2018– 1. März 2019

[Revising the rules for free allocation in the EU Emissions Trading System](#)

Klimaschutz
30. November 2018 – 22. Februar 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Maritje Weydemann, LL.B.

Johanna Hintner